Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkwitz. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Nur: Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 62.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 4½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 223. | Freitag, den 23. September 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Als künftiger Reichskanzler bei der neuen Koalition der Mitte wird der letzte Reichstagspräsident Loebe genannt.

•

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts erstattete Dr. Rathenau Bericht über den Entwurf des Wiesbadener Abkommens mit Loucheur. Die Beratungen über diesen Gegenstand werden fortgesetzt werden.

•

Daily Expreß meldet aus Brüssel, daß auch die italienische Regierung dem belgischen Vermittlungsvorschlag zur beschleunigten Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland zugestimmt hat.

•

Wie ein Funkspruch aus Rom meldet, ist das Ultimatum der Ententemächte bei der ungarischen Regierung eingetroffen. Die Aufständischen in Ungarn sollen beschlossen haben, das Land bis zum Aeußersten zu verteidigen.

Die Kernfrage.

W. W. So wichtig die Beschaffung der Golddevisen für die Wiederherstellung ist, sie ist dennoch nicht die erste, sondern die zweite Frage. Die erste Frage ist und bleibt unabänderlich die Steigerung der Erzeugung. Wir haben alle Ursache, uns mehr als je darum zu kümmern, weil unsere Wirtschaft mit ihr steht oder fällt. Immer noch bilden die monatlichen Ausweise über die Kohlenförderung den Gradmesser, an dem wir die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Energien abzulesen vermögen. Leider sind diese Ausweise nach wie vor unerfreulich. Im Ruhrkohlengebiet sind im August 1921 an 27 Arbeitstagen rund 8 Millionen Tonnen gefördert worden. Das ergibt einen Tagesdurchschnitt von etwa 299 000 Tonnen, während er im Februar 1921 noch 340 000 Tonnen betrug, (gegen 368 000 Tonnen im August 1913). Dabei ist zu beachten, daß die Belegschaft zahlenmäßig von Monat zu Monat steigt. Das bedeutet, daß die Förderungskosten der Kohlen auch um das Mehr an Löhnen steigen, weil jede Tonne Kohle zu ihrer Förderung heute mehr Arbeitskräfte verbraucht als vor 12 Monaten oder gar vor dem Kriege. Besonders auffällig ist der scharfe Förderungsrückgang seit Februar 1921. Er beträgt nunmehr 40 000 Tonnen für den Tag, was bei 300 Arbeitstagen im Jahr rund 12 Millionen Tonnen Kohle ausmacht. Dieser Rückgang erklärt sich daher, daß im März das Verfahren von Ueberschichten eingestellt wurde. Die Behauptung, daß die Kohlenförderung trotzdem nicht sinken würde, hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Es ist nicht gelungen, den Ausfall der Ueberschichten wieder hereinzubringen, weder durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, noch durch die zahlenmäßige Steigerung der Belegschaft. Auf den Zechen des Ruhrbeckens waren Ende August 1921 rund 550 000 Arbeiter beschäftigt. Die Belegschaft hat Monat für Monat um einige Tausend zugenommen und ist ganz unverhältnismäßig höher, als in der Vorkriegszeit. Unter diesen Umständen ist mit einem Sinken der Kohlenpreise selbst dann nicht zu rechnen, wenn es gelingen sollte, den Geldwert wieder zu festigen. Die Förderung der Kohle ist, rein wirtschaftlich gesehen, viel zu teuer geworden. Das wirkt selbsttätig auf den gesamten Wirtschaftsprozeß zurück. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Industrie ohne Rücksicht auf die Kosten dazu übergegangen ist, englische Kohle zu verbrauchen, weil sie ihren Bedarf in Deutschland nicht mehr zu decken vermag. Das eröffnet für unsere Wirtschaft und für unsere Finanzpolitik sehr trübe Aussichten. Wir kommen nur durch, sofern es gelingt, bei einem Mindestmaß von Kosten die Erzeugung zu steigern. Einstweilen ist unsere Ausfuhr nur unter dem Schutz der entwerteten Währung möglich. Je mehr sich die Inlandspreise den Auslandspreisen nähern, je mehr fällt dieser Schutz fort. Dann aber sitzen wir glatt auf der Erzeugung fest, da wir ja ohnedies mangels einer eigenen Handelsflotte mit höheren Kosten bei der Ein- und Ausfuhr zu rechnen haben, ganz abgesehen davon, daß wir alle Käufe im Ausland für absehbare Zeit nur durch Waren ausgleichen können.

Stresemann über die Koalition mit der S. P. D.

Grundsätzliche Bereitwilligkeit.

Dr. Stresemann hielt Mittwoch abend im Pforzheimer Ortsverein der Deutschen Volkspartei eine Rede, in der er sich sehr eingehend mit der Reichspolitik beschäftigte und das Vorgehen des Reichskanzlers in der Streitfrage mit Bayern mißbilligte. Dann erklärte er, daß seine Partei auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe.

Wenn wir uns einmal auf den Boden stellen, daß wir mit dieser Verfassung auskommen müssen, müssen wir nach innen und außen eine breite Regierungsbasis bilden, die in der Lage ist, konstante Verhältnisse in Deutschland zu schaffen. Wenn an mich die Frage gerichtet wird, ob ich zu einem Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei bereit bin, dann beantworte ich sie mit einem glatten Ja. Staat und Wirtschaft können die Mitarbeit der produktiven Kräfte, der Politiker, Beamten usw., die in den Parteien organisiert sind, nicht entbehren. Anstatt zu sagen: Hie Rechtsblock — hie Linksblock, sollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinschaft aller. Wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft schließen mit der Sozialdemokratie, um zu versuchen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft und des Unternehmertums sich doch zusammensetzen und sich fragen: was ist unter den heutigen Verhältnissen möglich?, und daß sie sich fragen, welche Politik müssen wir gemeinschaftlich treiben, um den Feinden zu sagen: hier steht euch gegenüber nicht die Linke und die Rechte Deutschlands, sondern der größte Teil des deutschen Volkes, der gemeinschaftlich seine Interessen vertritt. Ich mache daraus kein Hehl, daß die grundsätzliche Bereiterklärung, auch mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, der einzige Weg aus der gegenwärtigen Not ist. Aus diesem Gesichtspunkt heraus mache ich ferner kein Hehl daraus, daß ich mich freue über den Beschluß der Sozialdemokratie auf dem Görlitzer Parteitag. Er öffnet den Weg zu einer Verständigung in Preußen und im Reiche. Er kann die Sicherung einer Regierung geben, die notwendig ist, wenn wir dem Auslande gegenüber mit Erfolg handeln wollen. Das ist zwar nur eine Arbeitsgemeinschaft, aber der Görlitzer Parteitag hat noch ein weiteres gebracht, was mich freut: die Absage der Mehrheitssozialdemokratie an die radikale Linke, die Unabhängigen und die Kommunisten.

Nach der Ermordung Erzbergers sah es, so fuhr Stresemann fort, so aus, als ob nun alles nach links ginge. Wenn es nun dahin kommt, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt, dann kommt die Verständigung zwischen den Sozialdemokraten und uns. Dann ist die Möglichkeit gegeben, zu einem Zusammenarbeiten in einer Zeit, in der die Zusammenarbeit von der allerbittersten Notwendigkeit ist. Wir erklären uns bereit, uns in den schwebenden Finanzfragen und in der inneren und äußeren Politik auf eine breite Basis zu begeben, um dem Reiche zu dienen. Ich sage, wir kommen nicht zu gesunden Verhältnissen, wenn jeder nur an seine Partei denkt, sondern nur dann, wenn die Vernunft siegt, nur wenn wir uns zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Und die Reichstagsfraktion, die in diesen Tagen in Heidelberg beisammen war, hat mir zu dieser Zusammenarbeit ihre Unterstützung zugesagt. — Die Ausführungen Stresemanns wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

•

Eine Scheidemann-Rede in Görlitz.

Der Reichstagsabgeordnete Scheidemann sprach am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung in der Stadthalle zu Görlitz über die politische Lage. Er sagte u. a.: An die Spitze alles dessen, was zur Sicherung der Republik geschehen muß, ist die Forderung zu stellen, daß die sozialistische und demokratische Arbeiterschaft sich zur geschlossenen Front gegen die Reaktion zusammenschließt. Immer wieder muß betont werden, daß es sich bei einer jeden Koalitionsregierung nicht um eine Gesinnungs-, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. Ob die Deutsche Volkspartei für eine Koalition in Frage kommt, muß durch ihre Stellung zu den Mindestforderungen erwiesen werden. Wir müssen wegen des Versailler Diktates phantastische Summen aufbringen. Keinesfalls aber dürfen wir dem arbeitenden Volke, den Beamten aller Grade, den kleinen Rentnern usw. weitere Steuerlasten aufbürden, wenn nicht zuvor da zugegriffen wird, wo noch wirkliche Werte unangetastet liegen. Vertreter der Industrie und der Banken erklärten sich aus eigener Initiative bereit, fremde Devisen zu beschaffen. Man sollte diesen Plan nicht von vornherein abweisen, aber ihn noch mit größerer Vorsicht behandeln. Das Reich muß den Notleidenden Anteil an den Erträgen der Privatwirtschaft geben und ihr Subsistenz sichern.

Ludendorff über den Revanchekrieg

und die wirtschaftliche Zukunft Europas.

General Ludendorff beantwortete dem Berliner Mitarbeiter Sauerwein drei formulierte Fragen schriftlich und prüfte die Uebersetzung nach, so daß man den Wortlaut als authentisch ansehen kann. Auf die Frage, was an den Gerüchten wahr sei, daß er den Revanchekrieg durch die

Errichtung einer geheimen Armee

vorbereite, antwortete Ludendorff: Jeder militärische Führer muß klar wissen, was möglich oder nicht möglich ist, oder er ist kein Führer. Ein Revanchekrieg Deutschlands gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich ist in absehbarer Zeit vom technisch militärischen Standpunkt vollkommen unmöglich. Frankreich hat eine Armee, die mit allen modernen Kampfmitteln ausgestattet und bereit ist, jederzeit zu marschieren, und die auch die militärisch-deutschen Organisationen, die Frankreich feindlich gesinnt wären, zerstören und vernichten könnte um so mehr, als durch die

Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie

Deutschland jede Möglichkeit für neue Rüstungen verlor. Es ist eine ganz phantastische Vorstellung, daß man eine deutsche Armee, die einen modernen Krieg führen könnte, im geheimen organisieren und marschbereit machen könnte. Eine solche Armee, die mit der geringen Aussicht auf Erfolg gegen eine auf das Modernste ausgerüstete Armee kämpft, müßte sich vor allem auf eine große deutsche Kriegsindustrie stützen können, wie sie niemals im geheimen geschaffen werden kann. Aber selbst wenn eine dritte Macht Deutschland bewaffnen wollte, ließe sich niemals eine deutsche Armee schnell marschbereit machen und sie könnte auch nicht zeitgerecht mobilisiert werden, um die französische Armee zu verhindern, einen entscheidenden Erfolg zu erringen.

Die zweite Frage betraf die

zukünftigen Beziehungen zwischen England, Frankreich und Deutschland.

In der Antwort Ludendorffs heißt es: Die Entwicklung, die seit Abschluß des Friedensvertrages ihren Lauf genommen hat, hat immer klarer gezeigt, daß die europäischen Völker wirtschaftlich voneinander abhängen. Die große Frage aber der Zukunft ist die: Werden die Völker Europas, namentlich England, Frankreich und Deutschland entschlossen sein, die Vergangenheit zu überwinden und sich die Hand zu reichen, um das Wirtschaftsleben Europas auf der Grundlage von wirksamen Abmachungen wieder aufzubauen, wobei sie in gleicher Weise den Interessen aller Völker Rechnung tragen müßten? Wenn ein derartiger Wille, wie ich es befürchte, unmöglich wäre, so glaube ich, daß ein furchtbarer Zusammenbruch ganz Europas unvermeidlich wäre.

Schließlich äußerte der General seine bekannte Auffassung

über die bolschewistische Gefahr

noch in folgender Weise: Ich glaube, wie ich dies bereits des öfteren öffentlich darlegte, daß die bolschewistische Gefahr viel größer ist, als man im allgemeinen es in Westeuropa glaubt. Die Gefahr bedroht alle zivilisierten Völker Europas. Wenn sie sich die Hand reichen wollten, um diesen großen gemeinsamen Zweck zu erreichen, wären die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in Deutschland schnell überwunden und eine neue glückliche Aera der Geschichte würde anbrechen.

Die größte Industriekatastrophe der Welt.

Die Darstellung der Werksdirektion.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit: Leider müssen wir die Wahrnehmung machen, daß die Explosionskatastrophe, von der unser Oppauer Werk heimgesucht wurde, und die ohnehin schwer genug ist, in der Presse vielfach stark übertrieben wird. Um der schon so stark in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung unnötige und weitere Aufregungen zu ersparen, richten wir an die Presse die dringende Bitte, nur verbürgte Tatsachen mitzuteilen und von der Wiedergabe der zahlreichen im Umlauf befindlichen unkontrollierbaren Gerüchte abzusehen. Wie am Mittwoch, so werden wir auch weiter jeweils Nachrichten geben, sobald Entstehung und Wirkungen der Explosionen tatsächlich festgestellt sind, was bei der Größe und dem Umfang der Katastrophe noch einige Zeit in Anspruch nimmt. Nach den uns bis Mittwoch abend zugegangenen Nachrichten sind

bis jetzt insgesamt 244 Tote

zu beklagen. Mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten ist zu rechnen, zumal etwa 70 Leute vermißt werden. Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik Oppau zerstört sei, ist unrichtig. Die eigentlichen Fabrikationseinrichtungen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Wir hoffen daher, daß die Herstellung des Ammoniakwassers schon in einigen Monaten wieder aufgenommen werden kann. In den Werken in Ludwigshafen laufen die Betriebe ungestört.

•

Selbstentzündung, nicht Fahrlässigkeit!

Nach den bisherigen Ermittellungen der Staatsanwaltschaft an Ort und Stelle soll keine Fahrlässigkeit, sondern nur Selbstentzündung als Ursache in Betracht kommen.

Hilfe für die Hinterbliebenen.

Der Reichspräsident überwies aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000 Mark an das Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe von Oppau. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begab sich nach dem Schauplatz der Katastrophe von Oppau, um mit den bayrischen Stellen über eine sofort einzuleitende Hilfsaktion sich zu verständigen. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit der Katastrophe, wahrscheinlich wird eine größere Summe für die Hinterbliebenen der Opfer zur Verfügung gestellt werden.

Die Teilnahme der sächsischen Regierung.

Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen hat in einer Sondersitzung beschlossen, der badischen und bayrischen Regierung die Teilnahme des sächsischen Volkes an dem schweren Explosionsunglück in Oppau telegraphisch übermitteln zu lassen. Gleichzeitig hat der Ministerpräsident für die bedauernswerten Opfer des